

06. Januar 2016 18:26 Uhr

BZ-INTERVIEW

Gewerkschafter: Nachholbedarf bei Löhnen von Erzieherinnen

Der südbadische Verdi-Chef Reiner Geis fordert im großen BZ-Interview eine höhere Bezahlung von Erzieherinnen. Den Mindestlohn wertet der Gewerkschafter als Erfolg.



Der südbadische Verdi-Chef Reiner Geis Foto: THOMAS Kunz

BZ: Herr Geis, Verdi versteht sich als Dienstleistungsgewerkschaft. Der Dienstleistungssektor wächst. Die Verdi- Mitgliederzahlen nehmen aber nicht im gleichen Maße zu. Macht Verdi etwas falsch?

Geis: Auf Bundesebene kenne ich die Zahlen noch nicht. In Südbaden legt Verdi zu. Wie schon in den Jahren 2013 und 2014 ist auch 2015 die Zahl der Mitglieder um ein Prozent gewachsen. Das zeigt, dass wir vieles richtig machen. Sei es in der Betreuung unserer Mitglieder, unseren Dienstleistungen oder bei den Tariferhöhungen, die wir erstreiten. Allein 2015 haben wir für unsere südbadischen Mitglieder Lohnerhöhungen von 22,5 Millionen Euro erkämpft.

BZ: Wie beurteilt Verdi die wachsende Bedeutung der Dienstleistungen? Kritiker

sagen, es entstünden vor allem neue, schlecht bezahlte Servicejobs.

Geis: Wer die Entwicklung genau betrachtet, wird in der Tat feststellen, dass die Zuwächse oft mit Scheinselbstständigkeit, Leiharbeitern und freier Mitarbeit erkaufte werden. Das sind unsichere, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, die auch für den Trend zur Individualisierung der Arbeit stehen. Individualisierung ist Gift für solidarische Ansätze. Gewerkschaftsarbeit beruht jedoch auf Solidarität. Deshalb fällt es uns nicht leicht, hier die Interessen der Beschäftigten durchzusetzen. Doch wir stellen uns dieser Aufgabe und erzielen auch Erfolge.

BZ: Welche?

Geis: Wir sind dabei, bei den Delivery-Töchtern der Deutschen Post Betriebsräte zu gründen. Das sind die Niedriglohn-Gesellschaften der Post. Wir befinden uns in Tarifverhandlungen in zwei ausgegliederten Klinik-Töchtern. Das ist zum einen die Data-Med in Lörrach, die kreiseigene Klinik-Leiharbeitsfirma. Zum anderen betrifft es die Servicegesellschaft des universitären Herzzentrums Bad Krozingen. Bei beiden Unternehmen wollen wir eine Tarifbindung. Gelungen ist uns dies bereits bei den Service-Bereichen der Freiburger Uniklinik mit mehr als 700 Beschäftigten. Wir sind es, die reagieren müssen. Arbeitgeber agieren kurzfristig und gliedern Tätigkeiten aus. Sie versuchen, Standards nach unten zu drücken. Ziel muss aber sein, dass auch in der neuen Welt der Dienstleistungen faire Arbeitsbedingungen herrschen und es Betriebsräte gibt.

BZ: Arbeitgeber sagen: Wäre die Spreizung der Löhne in den Tarifverträgen größer, müssten einfache Tätigkeiten nicht in neue Töchter verlagert werden. In personalintensiven Branchen sind die Löhne der größte Kostenblock.

Geis: Die Spreizung der Löhne ist in den Dienstleistungsbranchen enorm. Glücklicherweise wurde jetzt mit dem gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro eine Untergrenze gesetzt, die auch spürbar wirkt. Nach oben gibt es keine Grenzen. Manche Firmen sind bereit, horrenden Summen zu zahlen, wenn sie zum Beispiel einen Informationstechnik-Experten brauchen.

BZ: Im Handel, in der Erziehung und im Gesundheitswesen sind viele Frauen beschäftigt. Im Handel und in der Erziehung ist der Organisationsgrad – also der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der Gesamtbeschäftigtenzahl – gering. Ist Verdi für Frauen nicht attraktiv?

"Der Werkvertrag wird zunehmend missbraucht."

Geis: Sie täuschen sich. In den Kindergärten, in denen ja vornehmlich Frauen beschäftigt sind, beträgt der Organisationsgrad mehr als 50 Prozent. Bis Mitte des vergangenen Jahrzehnts war das noch ganz anders. Da lag er noch im einstelligen

Prozentbereich. Dann begann unsere Aufwertungskampagne für die Erziehungsberufe. Es kam 2009 eine bessere Eingruppierung für Erzieherinnen und Sozialarbeiter und eine eigene Gehaltstabelle. 2015 gab es einen ordentlichen Tarifabschluss. Unsere gewerkschaftliche Arbeit hat sich also gelohnt. Die Betroffenen sind aufgewacht, sie haben sich gewerkschaftlich organisiert.

BZ: Viele Erzieherinnen fühlen sich aber weiter unterbezahlt.

Geis: Die Aufwertung der Erziehungsberufe ist auch noch nicht abgeschlossen. Da gibt es weiter Nachholbedarf – ebenso wie in den Pflegeberufen. Für diese Aufwertung finden wir breite Unterstützung in der Bevölkerung – trotz mehrerer Streiks. Diese

sind uns ja regelrecht aufgezwungen worden, weil die Arbeitgeber am Anfang ja überhaupt nicht auf die Warnstreiks reagiert haben. In anderen Bereichen ist uns eine ähnliche Aufwertung noch nicht gelungen. Im E-Commerce machen die Händler mit den Frauen und Männern, was sie wollen. Hier gibt es noch enorme Regelungslücken.

BZ: Haben Sie schon ein Konzept für das E-Commerce-Unternehmen Zalando? Das will ja in Lahr ein Verteilzentrum mit rund 1000 neuen Jobs schaffen. Zalando gilt nicht als sozialer Arbeitgeber.

Geis: Wir freuen uns darüber, dass Zalando in Südbaden investieren will. Wenn das Unternehmen hier ist, werden wir den Beschäftigten Angebote machen, mit uns zusammen für faire Arbeitsbedingungen zu sorgen.

BZ: Sowohl im Erziehungs- als auch im Gesundheitswesen gibt es vermehrt private Anbieter. Ist mehr Markt nicht eine Chance für die Beschäftigten? Privatunternehmen können mehr verlangen und entsprechend höhere Löhne zahlen.

Geis: Unsere Erfahrung ist: Wo staatliche Dienstleistungen privatisiert wurden, sind die Löhne schlechter geworden. Dafür gibt es eine einfache Erklärung. Eine Privatisierung bringt ja nicht mehr Geld ins System. Bleibt die Finanzierung gleich, sinken die Gehälter, weil der Unternehmer etwas verdienen will.

BZ: Nicht nur reiche Menschen sind willens, mehr für ihre Gesundheit und die Erziehung zu bezahlen. Damit wird der zu verteilende Kuchen doch größer.

Geis: Es gibt im Gesundheitswesen Anbieter, die sich auf das Geschäft mit sehr reichen Patienten spezialisiert haben. Doch das sind Nischenanbieter. Ich kenne eine Klinik, die mit der Behandlung sehr reicher Ausländer ihr Geld verdient. Sie beschäftigt 80 Menschen. Für die Akutklinik Uniklinik arbeiten jedoch mehr als 10 000 Menschen, um Patienten unabhängig von deren Geldbeutel zu versorgen. Wir müssen auch aufpassen, dass wir nicht ein Zwei-Klassen-System in Bildung und Gesundheit entstehen lassen. Schon früher gab es Reiche, die für die Erziehung ihrer Kinder eine Gouvernante einstellten. Das kommt jetzt in abgewandelter Form in der Kinderbetreuung wider. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass der gesetzliche Anspruch auf Kinderbetreuung unterhöhlt wird. Er kommt allen zugute – auch den weniger Begüterten.

BZ: Werden die Kommunen ihren Aufgaben bei der Kinderbetreuung gerecht?

Geis: Die südbadischen Kommunen strengen sich enorm an. Die Angebote sind deutlich ausgeweitet worden – in den Städten und in den ländlich geprägten Regionen. Auf dem Land finden sie kaum private Anbieter, weil sich dort kein Profit machen lässt.

BZ: Bundesarbeitsministerin Nahles will neue Regeln für die Werkverträge. Ist es nicht Teil der unternehmerischen Freiheit, wenn ein Unternehmer über einen Werkvertrag einen Maler anstellt, um sein Firmengebäude streichen zu lassen?

Geis: Um den Maler, der Fensterrahmen streichen soll, geht es nicht. Der Werkvertrag wird zunehmend missbraucht. Arbeitgeber greifen auf die Dienste von anderen Unternehmen zurück, um gezielt Tarife zu unterlaufen. Behörden nutzen beispielsweise schlecht bezahlende Fremdfirmen, um das Grundbuch zu digitalisieren. Sie verwenden dabei die behördliche Software und die Infrastruktur der Rathäuser. Die Justiz hat Missbrauchsfälle schon geahndet, aber eine Gesetzesverschärfung würde mehr Rechtssicherheit für den Arbeitnehmer bringen. Wir kritisieren jedoch, dass laut dem Gesetzesentwurf Betriebsräte nur ein Informationsrecht haben, aber nicht bei Werkverträgen mitbestimmen können.

BZ: Unter dem Verdi-Dach sind viele Menschen mit unterschiedlichen Tätigkeiten vereint. Wäre es nicht besser, wenn die Beschäftigten der einzelnen Branchen einzeln streiten würden?

Geis: Verdi ist ein Erfolgsmodell. Im Ausland gilt Verdi als Beispiel dafür, wie man es schaffen kann, dass Beschäftigte branchenübergreifend nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Erfolge einzelner Spartengewerkschaften sind oft nur sehr kurzfristig. Das Kapital ist erfinderisch, es versucht über kurz oder lang, einzelne Berufsgruppen auszubooten. Dem kann man nur entgegenwirken, wenn es ein solidarisches Denken über die einzelne Branche hinaus gibt. Dann können die Arbeitgeber nicht ausweichen.

BZ: Der Fall Amazon spricht eine andere Sprache. Verdi streikt dort schon lange ohne Erfolg für den höheren Einzelhandelstarifvertrag, viele der Amazon-Arbeitnehmer sind mit der schlechteren Bezahlung nach dem Logistik-Tarifvertrag zufrieden, der ebenfalls in den Verdi-Zuständigkeitsbereich fällt.

Geis: Der Streik bei Amazon hat jedenfalls dazu geführt, dass sich die Zahl der Verdi-Mitglieder in dem Unternehmen vervielfacht hat. Gleichzeitig konnten wir den Schutz vor Sonntagsarbeit und die Bezahlung von Überstunden durchsetzen. Zudem wird den Kunden bewusst, wie schlecht Amazon mit den eigenen Leuten umgeht. Amazon versucht, aufgrund seiner internationalen Struktur die Streiks zu umgehen. Um die Arbeitnehmerinteressen durchzusetzen, wäre es deshalb höchste Zeit für einen Amazon-Betriebsrat auf europäischer Ebene.

BZ: Der Mindestlohn ist ein Jahr alt geworden. Feiert Verdi eine Geburtstagsparty? Ihre Gewerkschaft hat am stärksten dafür gekämpft. Kritiker warnten dagegen vor massiven Jobverlusten.

Geis: Die Mindestlohn-Gegner liegen falsch. Im Gegenteil: Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wächst – auch wegen des Mindestlohns. Das Lohnniveau der Angelernten hat sich stärker erhöht, als dies bislang der Fall war. Der Mindestlohn hat sich bewährt. Feiern werden wir aber nicht. Stattdessen werden wir uns darüber Gedanken machen, wie der Mindestlohn angehoben werden kann.

Reiner Geis

Der 53-Jährige ist gelernter Finanzbeamter und seit 1980 Gewerkschaftsmitglied. Den Verdi-Bezirk Südbaden leitet er als Geschäftsführer seit seiner Gründung 2001. Zuvor war Geis unter anderem Pressesprecher der Verdi-Vorgängerorganisation ÖTV. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder. Unter dem Verdi-Dach sind unter anderem Postboten, Journalisten, Drucker, Krankenschwestern und Banker vereint.

Mehr zum Thema:

Hintergrund: [Was sind die Sozialberufe wert?](#)

Autor: Bernd Kramer

